

17. XII. 1915

*Der Kampf gegen Konjunkturalwucher in Ungarn.*

einkaufsgesellschaft Kritik zu üben, wenn die entsprechenden Berichte vorliegen werden.

Abg. Wilhelm Vassonhi (Demokrat) erklärt, daß die Vorlage gegen den Konjunkturalwucher der Großunternehmungen keine Handhabe biete; ein Erfolg wäre nur dann zu erwarten, wenn Preisprüfungscommissionen mit allen Vollmachten entsendet würden. Ohne Verkaufszwang sei die Festsetzung von Höchstpreisen illusorisch.

Abg. Geza Polonhi fordert gleichfalls drakonische Maßnahmen gegen die Preistreiberei.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Justizminister Balogh stellt mit Befriedigung fest, daß auch die Opposition der Vorlage zustimme. Die Regierung habe bei derselben durchaus keinen Unterschied zwischen einzelnen Klassen oder Kategorien der Gesellschaft gemacht; sie werde das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz mit größter Strenge durchführen. Wenn auch Mißbräuche vorgekommen sind, dürfe man dieselben nicht verallgemeinern. Man muß bestrebt sein, die Individuen zu bestrafen, ohne Rücksicht darauf, welcher Kategorie der Gesellschaft sie angehören.

Der Minister widerlegt sodann einzelne Behauptungen der Vorredner und erklärt, daß bezüglich des Verkaufszwanges die Requirierungsverordnung der Regierung bereits eine entsprechende Handhabe biete. Grundbesitzer und Großkaufleute könnten im Sinne dieser Verordnung gezwungen werden, ihre Vorräte gegen Barbezahlung den Behörden zu überlassen, denen das Recht zusteht, den Preis dieser Vorräte festzustellen. Auch bietet diese Verordnung die Mittel, damit unbefugte Elemente keine Preistreiberei begehen können.

Schließlich erklärt der Minister, daß bezüglich der Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit bereits das Strafgesetzbuch verfügt, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben werden wird. (Beifall.)

Handelsminister Sarkanyi erklärt auf eine Bemerkung des Abgeordneten Rakovszky, daß die Kriegseinkaufsgesellschaft durchaus kein Kind der Kreditbank sei; diese sei bloß ein Aktionär, der nach seinem angelegten Kapital eine Verzinsung von fünf Prozent erhalte. Die Kriegseinkaufsgesellschaft sei ein Organ der Regierung. Wenn die Kriegseinkaufsgesellschaft mit dem Ankauf des Getreides in neutralen Staaten betraut wurde, so wird dadurch für eventuelle spätere Verfügungen durchaus kein Präjudiz geschaffen. Die Vereinheitlichung des Imports sei auch auf den Wunsch Deutschlands geschehen, das auf diese Vereinheitlichung schon im eigenen Interesse großes Gewicht gelegt habe.

Die Vorlage wird hierauf im allgemeinen angenommen.

Im Laufe der Spezialdebatte ergriffen die Abgeordneten Alexander Simonhi-Semadam (Volkspartei), Julius Saghy (Unabhängigkeitspartei) und Wilhelm Vassonhi (Demokrat) das Wort, worauf Justizminister Eugen Balogh auf die gefallenen Bemerkungen erwiderte.

Sodann wurde der erste Paragraph der Vorlage unverändert angenommen.

Nach Festsetzung der Tagesordnung der morgigen Sitzung (Fortsetzung der Spezialdebatte über den Gesetzentwurf gegen Preistreiberien sowie Verhandlung der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung gestandenen übrigen Vorlagen) wurde die Sitzung um 3 Uhr nachmittags geschlossen.